

Gegen Nationalismus jeder Couleur!

Statt Wahlspektakel und Populismus: Solidarische Perspektiven entwickeln.

Die Bundestagswahl 2017 wird aller Voraussicht nach eine Zäsur im politischen System der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Erstmals hat mit der AfD eine rechtspopulistische Partei große Chancen in den Bundestag einzuziehen. Entsprechend groß ist die Sorge der bereits im Parlament vertretenen Parteien. Man ist öffentlich bemüht, die neue Konkurrenz von rechts als extremistisches Schmutzkind zu entlarven, mit dem man als Demokrat selbstverständlich nichts zu tun haben will.

Nationalistisch ist nicht nur die AfD

In Widerspruch zu diesem „Aufstand der Anständigen“ (Martin Schulz) stehen erhebliche diskursive Zugeständnisse an die AfD und entsprechende politische Entscheidungen. Seit ein paar Jahren folgt eine Asylrechtsverschärfung auf die nächste – das erinnert an 1993, als mit dem Asylkompromiss dem rassistischen Mob ein politisches Geschenk gemacht wurde. Die Kooperation mit autoritären Staaten bei der Kontrolle von Migrationsbewegungen, die wiederholte Ausdehnung des Konzepts der „sicheren Herkunftsstaaten“ auf Staaten, in denen Kriegszustände herrschen und Minderheiten verfolgt werden, sowie die Verhängung der Abschiebehaft bei kleinsten Verstößen sind Maßnahmen, mit denen erneut Bedürfnissen einer rassistischen Bewegung entgegengekommen wird. Damit man sich dennoch weiter von der politischen Konkurrenz ganz rechts distanzieren kann, heißt es statt einem schrillen „Ausländer raus!“ dann vielmehr in zivilisierter Sprache „bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht“.

Auch im Lager der Linken und Grünen versucht man durch inhaltliche Zugeständnisse an die AfD abgewanderte Wähler wieder zurückzugewinnen. So forderte etwa Oskar Lafontaine jüngst die konsequente Ausweisung illegal eingereister Migrant*innen¹ – eine zynische Forderung, denn auf dem Landweg ist Deutschland für Flüchtlinge durch die Drittstaatenregelung nicht legal zu erreichen. Und auch Sarah Wagenknecht kritisiert wiederholt die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von rechts und deutete nach der Silversternacht in Köln das Asylrecht in ein Gastrecht um.² Bei den Grünen wiederum trägt man entscheidende Verschärfungen des Asylrechts wie etwa die Erklärung der Westbalkanstaaten zu „sicheren Herkunftsländern“ im Bundesrat mit. Ihrem rechten Flügel genügt auch das noch nicht: Ministerpräsident Kretschmann würde lieber auch in den Maghreb abschieben dürfen und Boris Palmer wünschte sich unlängst „bewaffnete Grenzer“ gegen „unkontrollierte Migration“.³

Nützliche Verdrängung: Rassistisch sind nur die anderen

Das ständige Abarbeiten am schrillen Nationalismus der AfD kann vor diesem Hintergrund als nützliche Verdrängungsleistung verstanden werden. Nach dem Motto „nationalistisch sind die anderen“ werden Rassismus und Nationalismus allein dem rechten Rand des Parteiensystems zugeschrieben. Wer allein über die AfD reden will, erlaubt sich, bequem zur eigenen Verantwortung für die Toten im Mittelmeer und zur Sortierung nach wirtschaftlich produktiven und unproduktiven Menschen an den Grenzen zu schweigen. So gelingt das deutsche Kunststück, sich einerseits moralisch über die AfD, Trump, und die Wahlerfolge des Front National zu entrüsten, andererseits aber den eigenen Nützlichkeitsrassismus aufrechtzuerhalten: Im vergifteten Lob, unter den Migranten seien ja auch hochqualifizierte Arbeitskräfte, schwingt zumindest die Akzeptanz mit, dass eigentlich auch ertrinken könne, wer vom deutschen Arbeitsmarkt nicht benötigt wird. Weil man das anders als so manche_r AfD-Politiker*in oder Pegida-Demonstrant*in nicht in tölpelhaftem Hass verkündet, sondern kühl auf den Common Sense verweisen kann, können sich auch die „Anständigen“ an den EU-Außengrenzen jede Widerlichkeit erlauben – und trotzdem das eigene aufgeklärte Gesicht wahren. Darüber hinaus wird in der Debatte regelmäßig von fast allen Seiten elegant darüber hinweggegangen, wie sehr die Lebensverhältnisse in den Ländern, aus denen die Migrant*innen kommen, ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Erbe des Kolonialismus sind, von denen damals wie heute Deutschland maßgeblich profitiert.

und was dann?

Dem rechten Populismus die Grundlage zu entziehen hieße solidarische Alternativen zu schaffen

Ebenso verdrängt werden die politischen und sozialen Voraussetzungen, unter denen sich der Aufstieg der AfD vollzog. Die auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse ausgetragene Sanierung des Standorts Deutschland zum Exportweltmeister, die Gängelung von Arbeitslosen und die bewusste Förderung unsicherer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse haben in breiten gesellschaftlichen Schichten für Abstiegs- und Existenzängste gesorgt. Wer den Menschen über Jahrzehnte die vermeintliche Alternativlosigkeit dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik verkauft hat, darf sich nicht wundern, wenn es nun Rechtspopulist*innen einfacher gelingt, Ängste zu bedienen und gerade auch die soziale Frage nationalistisch und rassistisch umzudeuten.

Die Furcht vor dem eigenen Abstieg bricht sich Bahn in der Abwertung anderer, schlechter gestellter gesellschaftlicher Gruppen – und da ein besserer Zustand vollends verbaut scheint, sinniert man aussichtslos über ein Zurück in vermeintlich bessere Zeiten wie das geordnete Wirtschaftswunderdeutschland der 50er Jahre.

Angesichts der Aussicht auf weitere vier Jahre der geordneten Verwaltung des herrschenden Zustands durch die nächste Bundesregierung ist zu befürchten, dass die gegenwärtige autoritäre Revolte der Rechtspopulist*innen in dieser Zeit nicht abnehmen wird. Ein erster, notwendiger Schritt gegen den rechten Populismus wäre es, tatsächliche solidarische Alternativen jenseits des Status Quo aufzuzeigen. Dies kann parlamentarisch-bürgerliche Politik nicht leisten. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall einer rot-rot-grünen Bundesregierung werden von dieser keine

grundlegenden Änderungen zu erwarten sein. Der Umfang möglicher Reformen ist im kapitalistischen Staat stets begrenzt durch den erzielbaren Profit des nationalen Kapitals und seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit. In Krisenzeiten, in denen es den kapitalistisch verfassten Staaten hauptsächlich darum gehen muss, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise qua Export in andere Gebiete der Welt zu verlagern, ist der Spielraum für Reformen noch geringer. Auch eine linke Bundesregierung wird sich letztlich wirtschaftlichen Sachzwängen beugen müssen und den Wohlstand der Nation auf dem Rücken der Arbeiter*innen sicherstellen. Das Kreuzchen alle vier Jahre bietet vor allem eine elegante Simulation von Politik.

Umso wichtiger ist es, dass hiergegen solidarische Kämpfe vor Ort stattfinden. Zeigen wir in konkreten Auseinandersetzungen, indem wir etwa Zwangsräumungen blockieren, Abschiebungen verhindern und solidarisch mit Streikenden sind, dass sich der Logik des Kapitals doch etwas entgegensetzen lässt und schaffen wir es so, nach und nach, wieder die Perspektive auf eine mögliche, ganz andere Gesellschaft aufzuzeigen. Eine Gesellschaft in der nicht ökonomische Sachzwänge und nationalistische Ideologien vorherrschen, sondern die auf Solidarität und der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen basiert. Anstatt unsere Stimme einer Partei der ganz großen Koalition deutscher Staatsräson zu geben, rufen wir dazu auf, Politik abseits der Parlamente zu machen, auf den Straßen, in den Betrieben, Universitäten, vor dem Jobcenter und der Ausländerbehörde: Solidarische Perspektiven entwickeln durch engagiertes Handeln im Alltag und gegenseitige Unterstützung gegen die Zumutungen dieser Verhältnisse – wo immer es möglich ist.

Solidarische Perspektiven entwickeln statt Wahlspektakel und Populismus!

- 1 „Staat muss entscheiden können, wen er aufnimmt“
welt.de/article161818446
- 2 „Die Gast-Rechte“,
spiegel.de/politik/deutschland/a-1071614.html
- 3 „Grüner Palmer will mehr Flüchtlinge abweisen“,
spiegel.de/politik/deutschland/a-1077108.html